



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

Fraktionen CDU und SPD

Überwachungssoftware stoppen – Freie Lehrmaterialien fördern

Antrag Fraktion DIE LINKE - Drs. 6/809

Der Landtag wolle beschließen:

Handlungsfähigkeit der Schulen, Datenschutz und Schutz des geistigen Eigentums miteinander verbinden

1. Die Landesregierung wird gebeten,
 - a) sich in der Diskussion um die Aussetzung des § 6 Nr. 4 des „Gesamtvertrages zur Einräumung und Vergütung von Ansprüchen nach § 53 UrhG“ zwischen den Ländern und den Verwertungsgesellschaften Wort und Musikedition sowie den Verlagen dahingehend zu positionieren, dass die Zeit, in der die Plagiatsoftware noch nicht entwickelt ist, genutzt wird, um mit den Rechteinhabern über Alternativen nachzudenken;
 - b) den Ausschuss für Bildung und Kultur bis Ende 2012 zum Ergebnis der Diskussion um die Aussetzung oder Veränderung des § 6 Nr. 4 des o. g. Vertrages zu unterrichten.
2. Die Landesregierung wird weiterhin gebeten,
 - a) die Quantität und Qualität sowie die Verfügbarkeit lizenzfreier Lehrmaterialien als Alternative zu den urheberrechtlich geschützten Materialien einzuschätzen;
 - b) dem Ausschuss für Bildung und Kultur bis Mitte 2013 zu den unter Nummer 2 dieses Antrags genannten Sachstandsermittlungen und Perspektiven für den verstärkten Einsatz lizenzfreier Lehrmaterialien zu berichten.

Begründung

Am 13. Dezember 2011 haben sich Vertreterinnen und Vertreter der Länder, Lehrerverbände und die Rechteinhaber erneut mit dem „Gesamtvertrag zur Einräumung und Vergütung von Ansprüchen gemäß § 53 UrhG“ befasst. Insbesondere haben sich die beteiligten Vertragsparteien darauf geeinigt, das in § 6 Nr. 4 ursprünglich vorgesehene Verfahren an mindestens einem Prozent der öffentlichen Schulen Scansoftware in den Schulcomputern und anderen Speichermedien der Schulen einzusetzen, um Plagiate lizenzgeschützter Lehrmaterialien aufzuspüren, für 2012 auszusetzen und mögliche Alternativen zu diskutieren.

Die Landesregierung soll sich in den Prozess aktiv einbringen mit dem Ziel, im Einklang mit den anderen Ländern nach einer alternativen Lösung zu suchen.

Um die Möglichkeiten des Einsatzes alternativer Lehrmaterialien besser einschätzen zu können, bedarf es einer Analyse der vorhandenen Materialien, ihrer Qualität und ihrer Verfügbarkeit. Die vorgesehene Berichterstattung der Landesregierung soll darüber Aufschluss geben, ob lizenzfreie Lehrmaterialien tatsächlich eine wichtige Rolle im Angebot der Lehrmaterialien spielen können.

Weiterhin soll dargestellt werden, welche Zugriffsmöglichkeiten, insbesondere über das Internet, bereits bestehen und wie sie ausgebaut und systematisiert werden könnten.

André Schröder
Fraktionsvorsitzender CDU

Katrin Budde
Fraktionsvorsitzende SPD